

2. Theoretischer Rahmen: Die Post-Development Theorie

Das Gesellschaftsprojekt des demokratischen Konföderalismus mit einem entwicklungstheoretischen Zugang wie dem Post-Development-Ansatz zu erklären, mag auf dem ersten Blick verwirrend klingen. Was hat eine Entwicklungstheorie mit dem gesellschaftlichen Modell zu tun, das seit dem Jahr 2012 im Bürgerkriegsland Syrien im Entstehen ist? Im Falle der Post-Development Theorie tatsächlich einiges. In diesem Kapitel soll ausgearbeitet werden, weshalb ich diesen theoretischen Zugang für das Konzept des demokratischen Konföderalismus gewählt habe.

Hierzu möchte ich zunächst den Post-Development Ansatz innerhalb der Entwicklungstheorien verorten. So werden im nachfolgenden Abschnitt die Herkunft und die unterschiedlichen Definitionsmöglichkeiten des Begriffs »Entwicklung« dargelegt. Darauf aufbauend soll eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung mit der Entwicklungstheorie und ihre Auswirkungen in der praktischen Sphäre, der Entwicklungspolitik, dargestellt werden. Auf Grundlage dieser Ausführungen werde ich mich der Einordnung des Post-Development Ansatzes innerhalb der Entwicklungstheorien widmen. Ziel wird es hierbei sein, die Kritiken der Post-Development Theoretiker:innen zum gängigen Entwicklungskonzept innerhalb der Disziplin auszuarbeiten und die Alternativen des Post-Development Stranges darzustellen. Abgerundet wird dieser Teil der Arbeit durch eine Darstellung der Beweggründe für die Frage, weshalb der Post-Development Ansatz als theoretischer Zugang für die Forschungsarbeit ausgewählt wurde.

2.1 Was bedeutet Entwicklung?

Der Versuch, eine einheitliche und allgemeingültige Definition für den Begriff »Entwicklung« zu finden, gestaltet sich nicht einfach. Zu unterschiedlich sind die Definitionen, zu groß die Differenzen in der Einordnung des Begriffs. Eigentlich ist das verwunderlich, denn bereits seit den 1950er Jahren werden weltweit an Universitäten in Teilbereichen verschiedener Wissenschaftszweige wie der Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaft und Geographie Forschungen zum Thema Entwick-

lung betrieben (Fischer et al. 2016a: 5). Doch in Bezug auf die Deutungshoheit bleibt selbst heute der Begriff »Entwicklung« innerhalb der Sozialwissenschaften eine umkämpfte Kategorie. Ursächlich hierfür ist, dass der Begriff sowohl im akademischen als auch im politischen Betrieb als eine Projektionsfläche für unterschiedliche Standpunkte und Leitbilder fungiert (Burchardt et al. 2017: 20).

Dabei hat der Entwicklungsbegriff ursprünglich wenig mit Wissenschaft und Politik zu tun. Seine Wurzeln liegen vielmehr in der Theologie (Fischer et al. 2004: 24). Hier wurde Entwicklung im Kontext der Heilsgeschichte als der Weg zu einer wie auch immer gearteten religiösen Erlösung verstanden. Bereits im 12. Jahrhundert findet sich in der Lehre des kalabrischen Abtes Joachim von Fiore die Vorstellung einer stufenweisen Entwicklung der Welt auf ein Endziel hin. Dieses Ziel wird von Fiore als das Reich Gottes definiert (Loewenstein 2009: 46). Die Einführung des teleologischen Entwicklungsbegriffs in die Theologie hatte weitreichende Folgen für das vorherrschende Geschichtsverständnis. Letztlich führte die Vorstellung eines allgemeingültigen, religiös begründeten Ziels der Menschheit zur Ablösung der bis dahin dominanten und aus der Antike stammenden zyklischen Vorstellung von Zeit (ebd.: 49). Dieses Grundverständnis von Zeit und Entwicklung begleitet uns in abgewandelter Form bis in die Gegenwart.

Der Entwicklungsbegriff sollte in den kommenden Jahrhunderten weit über die Grenzen der Theologie hinaus Karriere machen. Als nächstes fand er Eingang in die Philosophie und in die Biologie. In den Schriften des Universalgelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz tauchen Begriffe wie *evolutio*, *developpement* und *enveloppement* auf, die mit dem heutigen Verständnis von Entwicklung verwandt sind und allesamt über einen richtungsweisenden Charakter verfügen. Aus der Sicht von Leibniz ist Entwicklung als etwas zu verstehen, das im Kern im Individuum oder in der Gesellschaft angelegt ist, aber noch auf seine Entfaltung wartet. Ähnliche Vorstellungen finden sich auch bei Immanuel Kant, der ebenfalls von den natürlichen Anlagen des Menschen spricht, die sich durch sein aktives Zutun entfalten würden (Nohlen/Nuscheler 1993: 58).

In den Naturwissenschaften wurde der Begriff zunächst zur Beschreibung des natürlichen Wachstums von Lebewesen verwendet. Dadurch entstand eine inhaltliche Nähe zwischen den Begriffen der Evolution und der Entwicklung (Quintero 2013: 93). Die Evolution beschreibt die Entwicklung von Lebewesen durch das Prinzip der Selektion über einen sehr langen Zeitraum. Der Evolutionsbegriff selbst leitet sich aus dem lateinischen Verb »evolvere« ab, was sich im Deutschen mit »entwickeln« übersetzen lässt. Bekannt für die Übertragung von evolutionstheoretischen Erkenntnissen aus den Naturwissenschaften auf die Sphären der Gesellschaft und des menschlichen Zusammenlebens war im 19. Jahrhundert der Philosoph Herbert Spencer. In seinem 1864 erschienenen Werk »Principles of Biology« verwendete er erstmals das Konzept des »survival of the fittest« in Bezug auf menschliche Gemeinschaften (er spricht von Rassen), weswegen Spencer auch als Vater des Sozialdarwi-

nismus betrachtet wird (Vester 2009: 59). Als kennzeichnend für die vorläufig letzte Phase der Evolution begreift Spencer die seine Lebens Epoche prägenden Merkmale der Aufklärung und der Ausbreitung kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen (Lowenstein 2009: 301).

Im 18. und 19. Jahrhundert gelingt dem Konzept der Entwicklung, verstanden als zielorientierter gesellschaftlicher Fortschritt, der endgültige Durchbruch. Mit Anleihen aus der Theologie, den Naturwissenschaften oder beiden taucht das Konzept nicht nur bei Spencer, sondern auch in den Theorien und Konzepten von namhaften Ökonomen, Philosophen und Soziologen wie Adam Smith, John Stuart Mill, David Ricardo, Friedrich List, Karl Marx, Auguste Comte und Thomas Robert Malthus auf (Fischer et al. 2016a: 4).

2.1.1 Entwicklung als Politikfeld und Wissenschaft

Mitte des 20. Jahrhunderts fand der Entwicklungsbegriff auch Eingang in das Feld des Politischen. In den Anfangsjahren herrschte in diesem Bereich weitgehende Einigkeit über das Verständnis und die Bedeutung von Entwicklung. Doch in dem Maße, in welchem die Entwicklungspolitik zu einem einflussreichen Bereich der internationalen Politik aufstieg, entstanden auch unterschiedliche Vorstellungen und Ansätze darüber, was »Entwicklung« eigentlich ist und wie sie in Gang gesetzt werden soll. Verschiedene Entwicklungstheorien bildeten sich heraus, die unterschiedliche Ursachen für »Unterentwicklung« identifizierten und entsprechend unterschiedliche Entwicklungswege präsentierten. Bei aller Unterschiedlichkeit bauen, mit Ausnahme der Post-Development Theorie, alle Entwicklungstheorien auf bestimmten gemeinsamen Prämissen auf, die in diesem Abschnitt herausgearbeitet werden sollen.

Der Beginn der Karriere des Entwicklungskonzepts in der internationalen Politik lässt sich sehr genau auf den 20. Januar 1949 datieren. An diesem Datum hielt der neugewählte 33. US-Präsident Harry S. Truman seine Antrittsrede, in welcher er sein »Four-Point-Programm« als Teil einer umfassenden Containment-Politik gegenüber der Sowjetunion verkündete (Stockmann/Menzel 2016: 28). Die Rolle der Entwicklungspolitik als Teil dieser Strategie erörterte Truman mit folgenden Worten:

»Fourth, we must embark on a bold new program for making the benefits of our scientific advances and industrial progress available for the improvement and growth of underdeveloped areas. More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. Their food is inadequate. They are victims of disease. Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas. For the first time in history, humanity possesses the knowledge and skill to relieve the

suffering of these people.[...] I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our store of technical knowledge in order to help them realize their aspirations for a better life. And, in cooperation with other nations, we should foster capital investment in areas needing development.« (Truman 1949)

Trumans Antrittsrede markiert eine Zäsur in der internationalen Politik dar. Der amerikanische Präsident erklärt die Entwicklungspolitik zur »historischen Verantwortung« seiner Nation. Das Problem der »Armut« definiert er sowohl als Gefahr für die betroffenen Länder als auch für die wohlhabenden Teile der Welt. Zugleich unterscheidet er zwischen »underdeveloped« und »prosperous areas« auf der Welt, wobei er den »entwickelten Ländern« die Fähigkeit zuschreibt, den »unterentwickelten Teilen der Welt« ein besseres Leben ermöglichen zu können (Sachs 1993: 9).

Die Einführung der Entwicklungsidee in die internationale Politik durch Truman fällt in eine historische Epoche, in welcher die USA bestrebt ist, ihre Stellung als neue Weltmacht nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu konsolidieren. Die größte Herausforderung stellen in diesem Zusammenhang das Erstarken der Sowjetunion und der wachsende Einfluss sozialistischer Ideen in den ehemals kolonisierten Ländern der Welt dar. Die Eingrenzung des Einflusses der Sowjetunion auf diese Teile der Welt stellt für die USA wohlmöglich die zentrale Antriebskraft für das Projekt der Entwicklungspolitik dar (Escobar 2012: 34).

Die Entwicklungspolitik ist vor dem Hintergrund der historischen Bedingungen ihrer Entstehung also keineswegs als ein Akt der selbstlosen Unterstützung der USA und der »entwickelten Welt« gegenüber den »unterentwickelten Ländern« zu verstehen. Trotz dessen legte die Idee der Entwicklung in der internationalen Politik über ideologische Grenzen hinweg eine beispiellose Karriere hin. So war die Vorstellung eines unilinearen Entwicklungspfades auch im realsozialistischen Ostblock vorherrschend. Dort wurde lediglich propagiert, dass unter sozialistischen Bedingungen die Entwicklung von »unterentwickelten Staaten« besser funktionieren würde (Cleaver 1993: 345). Zugleich hatte das Entwicklungskonzept auch auf die dekolonialisierte Welt eine unheimliche Anziehungskraft. Die Regierungen vieler Länder, die sich vom Joch des Kolonialismus befreit hatten, hofften nun durch Entwicklungshilfen zum jeweiligen Primus in Washington oder Moskau aufschließen zu können. Die Idee der Entwicklung galt somit über lange Jahrzehnte als eine unhinterfragbare »heilige Kuh« (Rahnema 2006: IX).

Einen nicht unbedeutenden Beitrag hierzu leistete die akademische Welt. Kurz nach dem Einläuten der Entwicklungsära durch den US-Präsidenten Truman wurde ein reges universitäres Interesse an den Theorien zur Entwicklung angefacht, was sich weltweit in der Gründung von Lehrstühlen und Abteilungen für dieses neue soziologische Fachgebiet äußerte. Insbesondere die einstige globale Kolonialmacht Großbritannien engagierte sich fleißig und finanzierte auch in ehemaligen Koloni-

alländern universitäre Abteilungen, welche die Gründe und Ursachen für die »Unterentwicklung« in den jeweiligen Ländern wissenschaftlich durchleuchten sollten (Fischer et al. 2016a: 5). Damit war die Entwicklungsforschung vorwiegend als empirische Wissenschaft angelegt. Sie sollte einerseits universelle Muster der Entwicklung anhand der erfolgreichen »Entwicklungsbeispiele« im Globalen Norden herausarbeiten. Andererseits sollte sie herausfinden, warum die als defizitär betrachteten »unterentwickelten« Länder in ihrem Aufholprozess auf dem Pfad der Entwicklung hinterherhinken und wie ihnen bei ihren vermeintlichen Problemen geholfen werden kann. Die Entwicklungstheorie zog so aus ihren Forschungserkenntnissen Schlüsse, die wiederum als Handlungsanweisungen für die Entwicklungspolitik dienen konnten (Stockmann/Menzel 2016: 19f.).

2.1.2 Die fünf Stufen der Entwicklung

Eng mit der Theoriebildung in der Entwicklungspolitik verbunden ist der Name Walt Whitman Rostow. Die von ihm konzipierte Theorie der fünf Wachstumsstadien ist eines der zentralen Werke der Modernisierungstheorien, die wiederum eine prägende Rolle innerhalb der Entwicklungsforschung spielen. Laut Rostows Theorie gibt es fünf universell geltende Wachstumsstadien, in welche sich alle Länder der Welt einordnen lassen: Die traditionelle Gesellschaft, die Anlaufperiode, die Periode des wirtschaftlichen Aufstiegs, die Reifeperiode und das Zeitalter des hohen Massenkonsums (Rostow 2016: 45). Die einzelnen Stufen sind gekennzeichnet durch das technologische Produktionsniveau und die politische Struktur der jeweiligen Staaten. Nach Rostows Schema durchleben zunächst einmal alle Länder die Stufe der traditionellen Gesellschaft. Als Pioniere der Überwindung dieser ersten Stufe betrachtet Rostow die Länder Westeuropas des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts, die diesen Sprung mittels technologischen Fortschritts in der Landwirtschaft und der Industrie bewerkstelligt haben sollen. Für seine Gegenwart stellt der Modernisierungstheoretiker fest, dass die Überwindung der traditionellen Gesellschaftsform oftmals nur durch die Intervention »entwickelter Gesellschaften« ermöglicht werde (ebd.: 47f.), womit er auf die »historische Verantwortung« der Industriestaaten aus dem oben zitierten »Four-Point-Programm« Trumans anspielt. Das Zeitalter des hohen Massenkonsums, also die letzte Stufe seines linearen Entwicklungsschemas, sieht Rostow zu seiner Lebenszeit lediglich in den USA, in Westeuropa und in Japan realisiert (ebd.: 53). Diese Länder haben in seiner Vorstellung das Ziel erreicht, zu dem der Rest der Welt strebt.

Die Modernisierungstheorie von Rostow baut auf dem binären Verständnis von modernen und traditionellen Gesellschaften auf. Die zweite bis vierte Stufe seiner Theorie können als Zwischentappen im linearen Geschichtsverständnis des Ökonomen Rostow verstanden werden. Laut seiner Theorie ist die fünfte Stufe durch Eigenschaften wie Rationalismus, Universalismus, Demokratisierung, Massenkon-

sum und Leistungsmotivation gekennzeichnet, während die erste Stufe der traditionellen Gesellschaft das genaue Gegenteil dieser positiven Attribute repräsentiert (Fischer et al. 2016b: 140). Mit diesen Zuschreibungen trägt Rostow nicht nur zu einer homogenisierenden Sichtweise auf die vielfältige Welt der nicht-westlichen gesellschaftlichen Lebensweisen bei, er zeichnet auch ein defizitäres Bild der vermeintlich traditionellen Gesellschaften. Durch Rostows Konzeption entsteht eine globale Hierarchisierung der unterschiedlichen globalen Gesellschaften und Kulturen. Welche Absicht das 1960 veröffentlichte Hauptwerk des Professors für Politische Ökonomie verfolgt, wird bereits am Titel deutlich: »The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto« (Rostow 1960). Rostows Modell ist Teil der US Containment-Politik und dient als theoretische Legitimation für die US-Entwicklungspolitik in den ehemaligen Kolonialländern, um deren Gunst sie mit der Sowjetunion konkurriert (Gonçalves 2005: 29).

Doch nicht nur aus dem kapitalistischen Zentrum ging eine Begeisterung für Rostows Theorie aus. Auch auf die politischen Eliten der ehemaligen Kolonialländer übte seine Theorie der fünf Wachstumsstufen eine starke Anziehungskraft aus. Denn mit seiner Theorie prophezeite Rostow der »unterentwickelten Welt« den Weg zum Wohlstand. Mit jeder Stufe nach oben sollten sich demnach die Gesellschaften der »Entwicklungsländer« ein Stück mehr von ihrer »Unterentwicklung« befreien, bis sie schließlich durch eine »nachholende Entwicklung« das wirtschaftliche Niveau der Industrieländer erreichen (Schmidt/Schröder 2016: 22). Die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg der »Entwicklungsländer« sei in der neueren Geschichte oftmals durch die Intervention »entwickelterer Gesellschaften« geschaffen worden. Das habe zum Zerbröckeln der »alten Kultur« geführt, während sich zeitgleich die Überzeugung in der jeweiligen Gesellschaft für die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wachstums immer mehr durchgesetzt habe. Als »alte Kultur« versteht Rostow »traditionelle« Gesellschaftsformen, samt ihrer Wertevorstellungen und politischen Strukturen. Diese, als »wenig produktiv« dargestellten, Gesellschaftsstrukturen macht er als Hindernis auf dem Weg zur Entwicklung aus. Der Aufbau eines »schlagkräftigen, zentralisierten Nationalstaates«, welcher die traditionellen Gesellschaftsstrukturen zurückdrängt, ist für Rostow eine »notwendige Bedingung für den wirtschaftlichen Aufstieg« (Rostow 2016: 48f.). Die Ausführungen des einflussreichen Modernisierungstheoretikers hierarchisieren nicht nur die Gesellschaften, sie rechtfertigen im Namen der »Entwicklung« auch die wirtschaftliche, politische und/oder militärische Intervention der »Industriestaaten« in die Länder des Globalen Südens. Rostow selbst war in höchstem Maße von seiner Theorie überzeugt. 1963 diskutierte er auf einer Konferenz in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba nämlich mit dem französischen Soziologen René Dumont über die Frage, ob der afrikanische Kontinent schon in 20 Jahren oder erst in 40 Jahren das Wirtschaftsniveau der Schweiz erreicht haben wird (Fischer et al. 2004: 18).

2.1.3 Die exogenen Faktoren der Unterentwicklung

Doch auch heute, knapp 60 Jahre später, gibt es keinen Staat in Afrika der annähernd das Wirtschaftsniveau der Schweiz erreicht hätte. Bereits ab den 1970er Jahren folgte auf den anfänglichen Enthusiasmus, welchen die Debatten über die Entwicklungspolitik und Modernisierung weltweit losgetreten hatten, eine allgemeine Ernüchterung. Die »nachholende Entwicklung« und der Aufstieg der »Entwicklungsländer« auf Rostows Stufenleiter der Modernisierung waren weitgehend ausgeblieben. Daraufhin verschoben sich die Diskussionen über die Ursachen der ausbleibenden Entwicklung. Kritische Theoretiker:innen wie Vertreter:innen der Dependenz-, Welt-system- und Neoimperialismustheorien gewannen innerhalb der Entwicklungsdebatte an Gewicht (ebd.: 36). Ihr wichtigster gemeinsamer Einwand gegen die bisherigen Entwicklungstheorien bestand darin, dass sie nicht die Länder des Globalen Südens primär für ihre »Unterentwicklung« verantwortlich machten, sondern die Ursachen im kapitalistischen System und den Folgen der kolonialistischen Epoche suchten. Unterentwicklung wird aus ihrer Perspektive also durch exogene Faktoren verursacht (Schmidt 2016: 131). Das Entwicklungskonzept wird von den kritischen Entwicklungstheorieströmungen zwar nicht in Frage gestellt. Die propagierte nachholende Entwicklung unter kapitalistischen Vorzeichen, wie sie die Modernisierungstheoretiker:innen propagieren, schließen viele der kritischen Entwicklungstheoretiker:innen jedoch aus.

Dass die kapitalistische Wirtschaft expandieren und sich immer neue nicht-kapitalistische Gebiete einverleiben muss, um überlebensfähig zu bleiben, hat bereits Rosa Luxemburg im Jahr 1913 in ihrer Imperialismustheorie dargelegt. Demnach eignet sich das kapitalistische Zentrum hierdurch Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und Absatzmärkte an (Luxemburg 2016: 154). Ähnlich wie Luxemburg erkennt der Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein eine der kapitalistischen Ordnung immanente Tendenz, immer weitere Teile des Globus in sein Weltsystem einzuverleiben. So habe das kapitalistische Weltsystem seit seiner Entstehung, das Wallerstein grob in den Zeitraum des »langen 16. Jahrhundert« zwischen 1450 und 1650 festlegt (Imbusch 1990: 31), beständig Gebiete der Außenarena peripherisiert. Mittlerweile ist dieser Prozess laut Wallerstein abgeschlossen, da das Weltsystem weltumfassend geworden sei (Zündorf 2010: 31f.). Die Unterteilung der Länder erfolgt in der Weltsystemtheorie nicht in die Kategorien »entwickelt« und »unterentwickelt«, sondern in Zentrum, Semiperipherie und Peripherie des Weltsystems. Zwischen diesen drei Ebenen sind laut Wallerstein zwar Auf- und Abstiege möglich, doch das gesamte Weltsystem sei stets bestimmt durch ein Nullsummenspiel. Das bedeutet, der Aufstieg eines Landes in eine höhere Kategorie ist verbunden mit dem Abstieg eines anderen Landes auf eine niedrigere Stufe (Imbusch 1990: 80). Die Perspektive eines globalen Aufstiegs aller Länder in das Zeitalter des hohen Massenkonsums, wie von Rostow prophezeit, schließt die Weltsystemtheorie aus.

Die Dependenztheorien stützen sich in erster Linie auf die entwicklungspolitischen Erfahrungen aus Lateinamerika. Sie kritisieren, dass sich die Modernisierungstheorien ausschließlich mit den historischen Erfahrungen des kapitalistischen Zentrums befassen und daraus ihre Leitlinien der Entwicklungspolitik für die »unterentwickelten Länder« ableiten. Die (koloniale) Geschichte der Entwicklungsländer und ihr Beziehungsgeflecht zum kapitalistischen Zentrum werden in dieser Perspektive verkannt oder als nicht relevant erachtet (Frank 2008: 148). Sowohl die Dependenztheorie als auch die Weltsystemtheorie gehen von einem strukturellen Ausbeutungsverhältnis zwischen der »unterentwickelten« (in den Theorien als Satellit bzw. Peripherie bezeichnet) und der »entwickelten Welt« (als Metropole bzw. Zentrum bezeichnet) aus, welche sich durch den »ungleichen Tausch« kennzeichnet (Schmidt 2016: 137, Lipke 2010: 25).

Das Theorem des ungleichen Tauschs erklärt, dass innerhalb der globalen Handelsbeziehungen des kapitalistischen Weltsystems eine strukturelle Benachteiligung der Staaten der Peripherie gegenüber dem kapitalistischen Zentrum vorherrscht. Es findet somit in der kapitalistischen Weltordnung ein permanenter Wertetransfer aus den »unterentwickelten Ländern« in die »entwickelte Welt« statt (Hopfmann 2003: 357). Diese strukturelle Benachteiligung der Peripherie wird als eine Folge des kolonialistischen Zeitalters erachtet (Schmidt 2016: 137). Das postkoloniale Abhängigkeitsverhältnis des Globalen Südens gegenüber den Industriestaaten werten die Denker:innen dieses Theoriestrangs als eine Fortsetzung des asymmetrischen Ausbeutungsverhältnisses, welches die Entwicklungspotenziale der benachteiligten Staaten blockiert (Gu 2010: 259). André Gunder Frank, der wohl bekannteste Dependenztheoretiker, spricht in diesem Zusammenhang von der »Entwicklung der Unterentwicklung«, also einer Unterentwicklung, die erst durch den historischen Prozess der Entwicklung des Kapitalismus in den Satellitenstaaten hervorgerufen worden sei und durch die strukturelle Benachteiligung ständig reproduziert werde (ebd.: 155).

Die meisten Weltsystem- und Dependenztheoretiker:innen schließen hieraus, dass weder die Staaten des Zentrums ein Interesse an der »Entwicklung« der Peripherie haben können, noch dass für die Staaten der Peripherie unter diesen Bedingungen Möglichkeiten zur Entwicklung gegeben sind. Über die Frage, welche Perspektiven sich für die Staaten dennoch auftun können, um aus ihrem peripheren Status herauszugelangen, gibt es hingegen keine Einigkeit. Wallerstein, der das globale Weltsystem in einer strukturellen Krise wähnt, erkennt für die Zukunft zwei Optionen, die entweder durch eine Restaurierung des Weltsystems (»Geist von Davos« – Weltwirtschaftsforum) oder durch die Realisierung einer gerechteren Weltordnung (»Geist von Porto Alegre« – Ort des ersten Weltsozialforums im Jahr 2001) gekennzeichnet sein wird (Wallerstein 2010: 13). Ansonsten reichen die Vorschläge für den Weg aus »Unterentwicklung« von der Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution und/oder der Abkopplung der peripheren Staaten vom Weltsystem (Sa-

mir Amin und André Gunder Frank) bis hin zur Nutzung der Spielräume für Entwicklung und Emanzipation innerhalb der existenten abhängigen Situation zum Zentrum (Fernando Henrique Cardoso) (Schmidt 2016: 138,142).

2.1.4 Neoliberale Entwicklungspolitik

Die Kritik an den Modernisierungstheorien galt als ein erster Wendepunkt in der noch jungen Geschichte der Entwicklungspolitik. Rostows Theorie verlor sowohl durch die Kritik der Dependenz- und Weltsystemtheorien an Legitimität, als auch aufgrund ihrer ausbleibenden Erfolge. Für die westliche Entwicklungspolitik ging damit der Verlust ihrer ideologischen Stütze einher. Die Kritiker:innen der Modernisierungstheorie konnten da keinen Ersatz darstellen, denn schließlich machten sie exogene Faktoren als Ursache für die »Unterentwicklung« aus. Eine partielle Neuausrichtung der Entwicklungspolitik erfolgte schließlich Ende der 1970er Jahre, als das Wirtschaftsparadigma des Neoliberalismus ausgehend von Großbritannien und anschließend den USA seine Wirkung entfaltete (Altwater 2008: 50). Spätestens ab Anfang der 80er Jahre dominierte der Neoliberalismus auch die Entwicklungstheorien und löste somit die Modernisierungstheorien ab (Schmidt/Schröder 2016: 25).

Der neoliberale Zugang zur Entwicklungstheorie knüpft an zentralen Prämissen der Modernisierungstheorie an. Der universelle Geltungsanspruch wie der unbedingte Glaube an einen unilinearen Entwicklungspfad bleiben unangetastet. Lediglich die Wahl der Mittel auf dem Pfad der Entwicklung änderte sich. Hatte US-Präsident Truman noch mittels Technologietransfer und Kapitalinvestitionen entsprechend auf eine Industrialisierung der »Entwicklungsländer« gesetzt (Stockmann/Menzel 2016: 29), erhebt das neoliberale Paradigma den Freihandel, Privatisierungen und den Abbau staatlicher Regulation zum wichtigsten Maßstab der Entwicklungspolitik (Schmidt/Schröder 2016: 27).

Der »Entwicklungsstaat«, der durch die Errichtung von Schutzzöllen auf den Aufbau importsubstituierender Industrien setzt, gilt in der neoliberalen Überzeugung als großes Hindernis für die Entwicklung. Der freie Markt und der freie Handel sollten als bestimmende Instanzen die »Entwicklung« des Globalen Südens fortan befördern (ebd.: 25). Die Frage, wie gerade der freie Markt den Wohlstand der »Entwicklungsländer« mehren soll, beantworteten die neoliberalen Denker:innen mit der Theorie des komparativen Kostenvorteils nach dem britischen Ökonomen David Ricardo. Die Spezialisierung auf bestimmte Güter soll den wirtschaftlichen Akteur:innen Produktionsvorteile gegenüber der Konkurrenz ermöglichen, was wiederum in wirtschaftlichen Mehreinnahmen münden soll (Ziegler 2008: 70). Für die »Entwicklungsländer« bedeutet dies, sie sollen sich aufgrund ihres vergleichsweise niedrigen Lohnniveaus insbesondere auf die Produktion von arbeitsintensiven Gütern fokussieren, um diese auf dem Weltmarkt anzubieten.

Nach einer gewissen Anlaufphase sollen die »Entwicklungsländer« dann durch Lernprozesse und besser qualifizierte Arbeiter:innen auch technologisch höherwertige Güter herstellen können, um so perspektivisch zu den Industriestaaten aufzuschließen zu können (Kurer 2017: 133). Der Neoliberalismus eröffnete auf diese Weise einer neu geordneten globalen Arbeitsteilung die Pforten. Den »Entwicklungsländern« wurden hierbei Bereiche wie die Agrarindustrie, in welcher zu Lasten von lokalen kleinbäuerlichen Betrieben auf exportorientierte monokulturelle Großbetriebe gesetzt wurde (Altieri 2018), die Textilbranche (Stamm et al. 2019: 7) und in zunehmendem Maß die Elektronikindustrie (ZVEI 2014: 8) zugewiesen.

Die Spezialisierung auf bestimmte Güter bedeutete für die Länder des Globalen Südens oftmals, dass sie sich in die Abhängigkeit des Weltmarkts begaben. Denn die Preise für die Exportwaren werden maßgeblich vom Weltmarkt geregelt, da dort auch die Nachfrage bestimmt wird. Einseitig vorgenommene Preiserhöhungen, beispielsweise aufgrund von höheren Lohnkosten, können hingegen schnell mit einer Länder- oder Produktsubstitution durch die Abnehmer:innen des Exportprodukts beantwortet werden. Somit sind die »Entwicklungsländer« weitgehend von schwankenden Marktpreisen abhängig. Die Spezialisierung auf ein Exportgut kann bei einem sinkenden Marktpreis dadurch schnell fatale Folgen für die Wirtschaft des gesamten Landes haben (Raffer 2004: 120f.). Im neoliberalen Paradigma soll zudem die Rolle des Staates auf die eines »Nachtwächters« reduziert werden. Der Staat hat demnach lediglich die Rahmenbedingungen für die neoliberale Wirtschaftsordnung zu garantieren, und sich somit um Fragen wie die Rechtssicherheit, insbesondere den Schutz des Eigentums, sowie um »freie« Marktbedingungen zu kümmern (Kurer 2017: 13). Aus allen weiteren wirtschaftlichen Angelegenheiten soll der Staat möglichst herausgehalten werden. Die Interventionsmöglichkeiten des Staates bei wirtschaftlichen Krisen werden unter diesen Bedingungen äußerst beschränkt.

Die Gründe für die »Unterentwicklung« verortet das neoliberale Paradigma wenig verwunderlich in den »Entwicklungsländern« selbst. Als sogenannte Entwicklungshemmnisse werden unter anderem politische, administrative oder kulturelle Gründe angeführt. Auch schwer abzumildernde Faktoren wie geographische Faktoren können laut neoliberalem Paradigma Ursachen für Unterentwicklung darstellen. Diese äußern sich beispielsweise im fehlenden Zugang zum Meer und den damit verbundenen höheren Transportkosten oder in klimatischen Nachteilen, wie sie zum Beispiel in der Sahelzone vorherrschen (ebd.: 116, 146, 176). Als wichtigster Erfolgsfaktor für Entwicklung wird die Integration in den Weltmarkt angesehen (Fischer et al. 2004: 39). Als Vorzeigbeispiele für den neoliberalen Entwicklungserfolg gelten die sogenannten asiatischen Tigerstaaten, also Südkorea, Taiwan und Singapur. Der Aufstieg dieser Staaten wird auch als wichtiges Argument gegen die Dependenztheorien gepriesen (Nohlen/Nuscheler 1993: 61).

Die Umsetzung des neoliberalen Paradigmas in der Entwicklungshilfe wurde von rigiden Maßnahmen der Geldgeberstaaten begleitet. Ab den 1980er Jahren wurden den »Entwicklungsländern« im Gegenzug für zugesagte Entwicklungshilfen sogenannte Strukturanpassungsprogramme auferlegt (Schmidt/Schröder 2016: 27). Diese Programme forderten zumeist einen massiven Umbau der Wirtschaftsstruktur der »Entwicklungsländer«. Privatisierungen, Abbau von Handelsbarrieren und Grenzzöllen sowie Kürzungen von Sozialleistungen stellen zentrale Maßnahmen dieser Programme dar (Kurer 2017: 188). 1989 wurde für die neoliberalen Maßgaben der Entwicklungspolitik mit dem Washington Consensus ein eigenes Regelwerk ausgearbeitet. Der Ökonom John Williamson stellte für eine Wirtschaftskonferenz in der US-Hauptstadt eine entsprechende Reformliste vor. Die marktfundamentalistischen Vorschläge Williamsons wirkten in der Folgezeit als Richtlinie für die Vergabe Geldhilfen und Kredite an Entwicklungsländer durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank (Schmidt/Schröder 2016: 27). Die Geldgeber:innen dieser Finanzinstitutionen knüpften die Hilfen fortan an »Entwicklungspläne« und »Sanierungsprogramme«, die von den Empfängerstaaten umzusetzen waren (Nohlen/Nuscheler 1993: 63).

Allerdings konnte auch das »Expert:innenwissen« des IWF und der Weltbank nicht verhindern, dass nach knapp zwei Jahrzehnten die Weltmarktintegration als vermeintliche Zauberformel für die Entwicklung kaum Erfolge aufzuweisen hatte. Selbst die Weltbank machte im Jahr 1989 selbstkritisch die bisherige Entwicklungslogik für die insbesondere in den Subsahara-Staaten ökonomisch äußerst prekäre Lage mitverantwortlich (ebd.: 61). In Südamerika und in den Ländern Afrikas südlich der Sahara förderte die neoliberale Entwicklungslogik die soziale Ungleichheit drastisch. Einige wenige profitierten von der Weltmarktintegration ihrer Länder, während der Großteil der Menschen in Armut verharrte (Burchardt et al. 2017: 26). Tendenziell wurde die Armut in den »Entwicklungsländern« durch Privatisierungen und dem Wegfall sozialstaatlicher Leistungen im Zuge der neoliberalen Vorgaben der internationalen Finanzinstitutionen gar verschärft (Schmidt/Schröder 2016: 27f.).

Eine Zäsur in der Geschichte der Entwicklungspolitik bilden der Zusammenbruch des Ostblocks und das damit verbundene Ende des Kalten Krieges. Denn die Entwicklungspolitik war als Teil der US-amerikanischen Containment-Strategie gegen den sowjetischen Einfluss in der Weltpolitik konzipiert worden. Nun, als die Sowjetunion aufhörte zu existieren, flaute das Interesse in der Entwicklungspolitik merklich ab (Fischer et al. 2004: 40). Die kapitalistische Welt hatte sich zum Sieger der Systemkonkurrenz gekürt und der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sprach bereits vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1989: 3).

Die Entwicklungspolitik und ihre Debatten verschwanden allerdings zu keinem Zeitpunkt völlig von der Bildfläche. Vielmehr erlebten sie eine Transformation. Ausgehend von den fehlenden aufweisbaren Erfolgen der bisherigen Entwicklungspli-

tik gewannen alternative Entwicklungsdebatten an Zuspruch. Die neueren Theorien griffen in Teilen die Kritiken an der bisherigen Entwicklungslogik auf und kooptieren sie. So spielt beispielsweise die 1972 geäußerte Kritik des Clubs of Rome hinsichtlich der ökologischen Grenzen des Wachstums (Kurer 2017: 98) in den Debatten der nachhaltigen Entwicklung eine zentrale Rolle. Während seither die ökologische Frage stärker in die Debatten der Entwicklungspolitik einbezogen wird, fanden andere Probleme, wie beispielsweise die sozialen Fragen im Globalen Süden, die sich im Zuge des Siegeszuges des Neoliberalismus zudem auch immer stärker im Globalen Norden ausbreitete, weiterhin nur wenig Beachtung (Sachs 2006: 293).

Mit den »Millennium Development Goals«, die kurz nach dem Jahrtausendwechsel von der UN-Generalversammlung einstimmig verabschiedet wurden, rückte die Entwicklungshilfe erneut in den Fokus der breiten Öffentlichkeit. Acht Ziele, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollten, wurden zuvor von einer Arbeitsgruppe, in der unter anderem Vertreter:innen der UNO, der Weltbank und der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) vertreten waren, der Generalversammlung vorgelegt. Die Ziele lauteten Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, Primärschulbildung für alle, Gleichstellung der Geschlechter, Senkung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter, Bekämpfung von schweren Krankheiten wie HIV und Malaria, ökologische Nachhaltigkeit und der Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung (Vereinte Nationen 2015a: 4–7). Die Ergebnisse der Milleniumsziele feierte die UN im Jahr 2015 als »erfolgreichste Armutsbekämpfungsbewegung der Geschichte«. Die globale Armut habe sich demnach zwischen dem Jahr 2000 und dem Zieljahr 2015 um die Hälfte verringert (Burchardt et al. 2017: 17). Ob das Selbstlob der UN gerechtfertigt ist, bleibt fraglich. So argumentiert Jason Hickel, dass das tatsächliche Ausmaß von Armut und Hunger in der Welt zwei- bis viermal größer ist, als es die UN-Statistiken glauben machen wollen (Hickel 2016: 13).

Im September 2015 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen ein weiteres globales Entwicklungsprogramm, die »Agenda 2030«. Erneut wurden weitreichende Ziele formuliert, die innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren die Welt zu einem besseren Ort machen sollen. Der vollständige Titel des UN-Beschlusses lautet »Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung«. Die in der Agenda 2030 formulierten »Sustainable Development Goals« (SDG) sind hochgesteckt. Neben der Bekämpfung der Armut und des Klimawandels, lassen sich auch bessere Arbeitsverhältnisse und der Schutz der Menschenrechte unter den Zielen finden. Die Agenda 2030 ist als universelle Agenda konzipiert und soll von allen Mitgliedsstaaten unter Berücksichtigung ihrer nationalen Realität umgesetzt werden (Vereinte Nationen 2015b: S. 1f.). Mit insgesamt 17 nachhaltigen Entwicklungszielen baut die Agenda 2030 auf den Milleniumszielen auf, geht aber zugleich über sie hinaus (ebd.: S. 6).

Abb. 1: 17 Sustainable Development Goals



Quelle: Bundesregierung o.D., <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-erklaert-232174> [abgerufen am 05.10.2022]

Die Agenda 2030 rückt staatliches Handeln in der Entwicklungspolitik deutlich in den Vordergrund. Der freie Markt, welcher unter dem neoliberalen Entwicklungsparadigma noch als zentraler Entwicklungskatalysator gepriesen wurde, spielt hier keine übergeordnete Rolle mehr. Das verwundert nicht weiter, denn bereits in den 1990er Jahren erkannte selbst der Internationale Währungsfonds, dass die neoliberale Entwicklungslogik im Globalen Süden vor allem Schaden angerichtet hatte (Schmidt/Schröder 2016: 28). Völlig verabschiedet hat sich die Marktlogik aus den Entwicklungszielen der UN allerdings noch nicht. So wird für die Realisierung des Ziels »Kein Hunger« unter anderem die Eliminierung aller Handelsbeschränkungen und landwirtschaftlichen Subventionen auf dem globalen Agrarmarkt gefordert (Vereinten Nationen 2015b: 16). Die Kontinuität der Entwicklungslogik in der Agenda 2030 wird darüber hinaus an ihrem Festhalten am Wirtschaftswachstum sichtbar. Einerseits stellen fünf von 17 Entwicklungszielen die Bedeutung der Nachhaltigkeit in ihren Fokus (gemeint sind die Ziele 6, 12, 13, 15 und 15). Andererseits wird beim achten Ziel weiter auf ein konsequentes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gesetzt. Als Ziel wird formuliert, dass dieses Wachstum in den »am wenigsten entwickelten Ländern« mindestens sieben Prozent pro Jahr betragen soll (ebd.: 19). Dass die Wachstumsvorgaben mit den vermeintlichen Nachhaltigkeitszielen in Konflikt geraten können, wird in der Agenda 2030 nicht weiter erörtert (Hickel 2019: 9).

2.1.5 Das ›Amöbenwort‹ Entwicklung

Auch nach den Ausführungen zu der Theoriegeschichte in der Entwicklungslogik lässt sich die Frage danach, was Entwicklung nun eigentlich ist, nicht abschließend beantworten. Die Definitionen sind mindestens so vielseitig wie die Theorien über die Entwicklung selbst. Zudem verschiebt sich die Bedeutung des Begriffs mit jeder Epoche in der Entwicklungspolitik (Stockmann/Menzel 2016: 14). Während in den 1950er Jahren mit dem Begriff Entwicklung primär Wirtschaftswachstum assoziiert wurde, rückten ab den 1970er Jahren vor dem Hintergrund der unerfüllten Versprechungen der Entwicklungspolitik die Grundbedürfnisse der Menschen in den »Entwicklungsländern« ins Zentrum der Debatte. Als Reaktion auf die in den 1970er und 1980er Jahren stark verbreitete Kritik an der Entwicklungslogik hinsichtlich der ökologischen Grenzen des Wachstums wurde der Entwicklungsbegriff ab den 1990er Jahren verstärkt mit dem Attribut »nachhaltig« versehen und somit um die ökologische Komponente erweitert (ebd.: 2). Komplexere Definitionen des Begriffs versuchten oftmals verschiedene normative Zielsetzungen in das Verständnis von Entwicklung einzuspeisen. So benannte der Wirtschaftswissenschaftler Michael Todaro 1977 folgende drei Kernziele von Entwicklung: Befriedigung der Grundbedürfnisse, Selbstachtung der Personen, Freiheit von innerer und äußerer Fremdbestimmung (Nohlen/Nuscheler 1993: 65). Mit dem »magischen Fünfeck« entwarfen die Entwicklungstheoretiker Dieter Nohlen und Franz Nuscheler ein Konzept, das Wachstum, Arbeit, Gleichheit/Gerechtigkeit, Partizipation und Unabhängigkeit/Eigenständigkeit zu den Dimensionen von Entwicklung erklärt (ebd.: 67ff.). Eine Aktualisierung des »magischen Fünfecks« wagte Ulrich Menzel mit dem »Hexagon der Entwicklung«. Nach seiner Definition sind politische Stabilität, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Partizipation, ökologische Nachhaltigkeit und kulturelle Identität die Eckpfeiler von Entwicklung (Stockmann/Menzel 2016: 15).

Das Verständnis von Entwicklung hat sich über die Jahrzehnte also gewandelt und erweitert.¹ Ob der Begriff dadurch greifbarer geworden ist, darf bezweifelt werden. Denn die Definition des Begriffs ist nach wie vor umstritten und umkämpft. Zielt die Entwicklung nun darauf ab, das Wohlergehen der Menschen weltweit zu verbessern (Kurer 2017: V) und falls ja, was fällt dann unter das Wohlergehen? Geht Entwicklung allein mit Verpflichtungen an die Staaten des Globalen Südens einher oder wird sie als eine Herausforderung angesehen, für welche die Weltgemeinschaft als Ganzes verantwortlich ist, wie es die Sustainable Development Goals der Agenda 2030 formulieren (Wieczorek-Zeul 2017: 49)? Ist Entwicklung tatsächlich als ein

1 Für einen Überblick über den Wandel des Verständnisses von Entwicklung siehe Stockmann/Menzel 2016: 14; Ziai 2004: 125–128.

unilinearer Weg zu verstehen oder können die Länder des Globalen Südens ihre eigenen Wege in die Entwicklung kreieren, wie es 1974 in der Erklärung von Cocoyoc formuliert wurde (Nohlen/Nuscheler 1993: 59)? Und kann (oder will) die Entwicklungslogik überhaupt das von Harry S. Truman formulierte Versprechen einlösen, das »Leiden der Menschen zu lindern«, die in den sogenannten Entwicklungsländern leben? Die Beantwortung solcher Fragen könnte uns zwar der Definition von »Entwicklung« näher bringen. Je nach politischem Standpunkt und theoretischem Zugang zum Thema fallen die Antworten jedoch sehr unterschiedlich aus.

Gerade wegen des fluiden und scheinbar wahllos dehnbaren inhaltlichen Gehalts des Begriffs kann Entwicklung leicht zur Projektionsfläche unterschiedlicher Vorstellungen, Werte und Leitbilder werden (Burchardt et al. 2017: 20). Es ist letztlich diese Unklarheit, welche den Post-Development Theoretiker Gustavo Esteva dazu veranlasst hat, die Entwicklung als »Amöbenwort« zu bezeichnen, das schwierig zu fassen ist und mit fast jeglichem Inhalt gefüllt werden kann (Esteva 1985: 79).

2.2 Die Post-Development Kritik an der Entwicklungsidee

»Seit Mitte des 20. Jahrhunderts geht ein
Gespenst in der Welt
...das Gespenst der »Entwicklung«
(Acosta 2017b: 47).

Trotz, oder gerade aufgrund, seiner fehlenden Fassbarkeit ist der Begriff der »Entwicklung« aus Sicht der Post-Development Theorie mit einer klaren ideologischen Funktion versehen, die es offenzulegen gilt. Das Konzept der Entwicklung soll den Ländern des Globalen Südens die Möglichkeit einer ökonomischen Aufholjagd zum Globalen Norden aufzeigen. Empirisch betrachtet ist dieses Ziel seit Beginn Entwicklungsepoche zwar nur von wenigen Staaten erreicht worden. Doch die bloße Aussicht auch eines Tages zu diesem wirtschaftlich gesegneten Kreis gehören zu können, hat nicht wenige staatliche und nicht-staatliche Akteur:innen dazu veranlasst, sich auf das Paradigma der Entwicklung einzulassen. Der Begriff hat binnen kürzester Zeit den Weg zu einem globalen Diskurs hingelegt (Escobar 2012: 4).

Wie ist es möglich, die eigentlichen Interessen hinter der als unhinterfragbar geltenden »heiligen Kuh« Entwicklung (Rahnema 2006: IX) offenzulegen? Die Post-Development Theorie nimmt sich dieser Herausforderung an. Die ausbleibenden Erfolge in der Entwicklungspolitik haben in den 1980er Jahre zahlreiche Theoretiker:innen dazu veranlasst, den bisher beschrittenen Weg kritisch zu beleuchten. Vielfach war gar von einem Ende oder einem Scheitern der Entwicklungspolitik die Rede (Escobar 2012: 57). Doch im Gegensatz zu vielen anderen Entwicklungstheoretiker:innen, die nach einer »Ausbesserung« der Entwicklungspolitik streben und

sich daher auf das Drehen an einigen Stellschrauben im bisher beschrittenen Weg beschränken, stellen die Denker:innen der Post-Development Theorie die Entwicklungslogik an sich in Frage (Ziai 2012: 133).

Es sind nicht nur die offensichtlichen Folgen der Entwicklungspolitik, die laut der Post-Development Theorie zu ihrer grundlegenden Ablehnung führen sollten. Denn mit den Fragen nach den ökologischen Grenzen der Entwicklung oder den bescheidenen Erfolgen der rund 70-jährigen Ära globaler Entwicklungspolitik beschäftigen sich auch Theoretiker:innen, die für alternative Formen der Entwicklung plädieren, dabei aber die grundlegende Logik des Entwicklungsidee nicht angreifen. Die Position der Post-Development Theorie geht darüber hinaus. Aus ihrer Sicht ist die Entwicklungspolitik kein eigentlich gut gemeintes und uneigennütziges Projekt des Globalen Nordens, das bislang nur aufgrund von theoretischen Fehlannahmen oder mangelhafter Umsetzung gescheitert ist. Vielmehr sehen sie den Entwicklungsdiskurs in der Traditionslinie des Kolonialismus: Unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe verschafft sich der Kapitalismus ökonomischen und politischen Zugriff auf die Regionen des Globalen Südens und gliedert diese Teile der Welt in sein Ausbeutungssystem ein (Quintero 2013: 106). Die Entwicklungslogik ist somit aus Post-Development Perspektive ein Konstrukt zur Fortsetzung kolonialer Beziehungsmuster zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und der kolonisierten Welt mit subtileren Mitteln (Ziai 2012: 133). Die besondere Stärke dieses Konstrukts zeichnet sich dadurch aus, dass es als ein Diskurs daherkommt, der selbst diejenigen Akteur:innen aus dem Globalen Süden in seinem Bann gefangen hält, die zuvor den Kampf gegen die koloniale Beherrschung angeführt haben (Cleaver 1993: 346).

Die Post-Development Theorie setzt es sich deshalb zum Ziel, die eigentlichen Absichten der Entwicklungslogik offenzulegen. Hierzu untersuchen die Theoretiker:innen, mit welchen Mitteln es der Entwicklungslogik gelingt, ihre über lange Zeit unhinterfragbare Stellung überall auf der Welt zu behaupten. Auf die Kritik am Entwicklungsdiskurs folgt mit dem Konzept der »Alternativen zur Entwicklung« auch ein Vorschlag der Post-Development Theorie, der aufzeigen soll, wie gesellschaftliche Wege jenseits des »Entwicklungspfades« aussehen können.

2.2.1 Entwicklung als Diskurs

Ein zentraler Pfeiler des Entwicklungsdiskurses ist die Auffassung von Entwicklung als einer objektiven Konstante der menschlichen Geschichte. Sowohl die Wirtschaftsstufentheorie von Rostow als auch die nachfolgenden Entwicklungstheorien basieren auf der Vorstellung einer Zwangsläufigkeit der Geschichte mit einem geradlinigen Entwicklungspfad. Dieses Geschichtsbild ist nicht nur dem westlichen Denken eigen, sondern wurde in Zeiten des Realsozialismus auch im sogenannten Ostblock reproduziert. Der einzige Unterschied bestand darin, dass

die Entwicklungstheoretiker:innen des Realsozialismus davon ausgingen, »Entwicklung« würde in einem sozialistischen Staat besser funktionieren und der Sozialismus stelle die nachfolgende Stufe zum Kapitalismus dar (ebd.: 345).

Die Post-Development Theorie verwirft die Vorstellung, dass Entwicklung eine »objektive Konstante« der Menschheitsgeschichte darstellt. Die gesamte Idee eines »Entwicklungspfades«, auf dem seit dem Ende des Realsozialismus alleine die westliche Welt den Anspruch auf den Zielpunkt erhebt, steht demnach für einen Universalisierungsanspruch des europäischen Gesellschaftsmodells (Ziai 2004: 177). Die Entwicklung zu einer »objektiven Wahrheit« zu verklären, wird von der Post-Development Theorie als wirkungsmächtiger Diskurs ausgemacht. Der Rückgriff auf die Diskurstheorie von Michel Foucault ermöglicht die Feststellung, dass der Entwicklungsdiskurs unter bestimmten historischen Bedingungen geschaffen wurde, um globale Machtverhältnisse zu konstruieren (ebd.: 172f.). Diskurse erzeugen »Wahrheit« (Foucault 1991: 26) und setzen sich auch unter Einsatz von Druck und Zwang gegen konkurrierende »Wahrheiten« durch (ebd.: 16). Der Entwicklungsdiskurs hat seine Wirkmächtigkeit in besonderer Weise unter Beweis gestellt, indem er seinen Wahrheitsanspruch eben nicht nur in der industrialisierten westlichen Welt, wo er seinen Ursprung hatte, durchsetzte, sondern ebenso im Realsozialismus (Cleaver 1993: 368), unter einer großen Zahl von antikapitalistischen Bewegungen (Escobar 2012: 5) und letztlich unter einer Vielzahl von antikolonialen Vorkämpfer:innen (Rahnema 2006: X).

Die Durchsetzung des Entwicklungsdiskurses führte dazu, dass die (verschlei-erten) Interessen der Urheber:innen der Entwicklungslogik durch große Teile der nicht-westlichen Welt bereitwillig angenommen wurden. Die Staaten des Globalen Südens erhofften sich, über den »universalistischen Pfad der Entwicklung« eine ökonomische Aufholjagd zur industriellen Welt starten zu können. Aus Sicht der Post-Development Theorie begaben sie sich jedoch dadurch »freiwillig« in ein neues (neokoloniales) Abhängigkeitsverhältnis (Ziai 2012: 133). In der westlichen Welt hingegen wird die Entwicklungspolitik mit der noblen Idee der globalen Armutsbekämpfung verknüpft (Kurer 2017: V). So feierten die Vereinten Nationen ihre UNO-Millenniumsziele im Jahre 2015 als »erfolgreichste Armutsbekämpfungsbewegung der Geschichte« (Burchardt et al. 2017: 17). Das verschafft der Entwicklungsidee selbstverständlich viel Akzeptanz in der breiten Öffentlichkeit.

Der Blick der Post-Development Theorie auf dieses Thema ist hingegen ein anderer: Die »globale Massenarmut« ist demnach ein Phänomen, das erst nach dem Zweiten Weltkrieg »entdeckt« und anschließend breit rezipiert wurde. Die Wissenschaft bemühte sich alsbald um die Vergleichbarmachung der globalen Armutsverhältnisse. Mit Hilfe von statistischen Verfahren konnte nun das Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (BIP pro Kopf) in den verschiedenen Länder gemessen werden, was zugleich zu einer Hierarchisierung der Länder entsprechend ihrer Wirtschaftsleistung führte (Escobar 2012: 20–24). An der Spitze dieser Statistiken stehen seit jeher

diejenigen Staaten mit hohem »Entwicklungsstand«, während die als wirtschaftlich defizitär betrachteten »Entwicklungsländer« die hinteren Ränge belegen.

Ist die Armut in den »Entwicklungsländern« erst einmal identifiziert, folgen Lösungsvorschläge in Form von Maßnahmenpaketen, die in den Industrieländern festgelegt werden. Zwar ist in den letzten Jahren in der Entwicklungspolitik ein Trend zu beobachten, wonach bei der Bestimmung der Entwicklungsmaßnahmen auch die Stimmen der betroffenen Länder gehört werden (sollen). In erster Linie sind es aber weiterhin die Geldgeber:innen, die Umfang und Verwendungszweck der Entwicklungshilfe sowie den Inhalt der Maßnahmenpakete festlegen. Wollen die »Entwicklungsländer« ihren Armutszustand nachhaltig überwinden, so sollen sie sich an den ökonomischen und politischen Strukturen derjenigen Länder orientieren, die an der Spitze der Tabelle der einkommensreichsten Länder stehen. Durch die bloße Vorstellung, auf diesem Wege zu den industrialisierten Ländern aufschließen zu können, wird der Koexistenz von wenigen reichen Ländern und einer Vielzahl von vergleichsweise armen Ländern »der Stachel gezogen« (Fischer et al. 2004: 14). Gleichzeitig wird die Verantwortung für das Scheitern des wirtschaftlichen Aufholprozesses in erster Linie den Entwicklungsländern selbst zugeschrieben, die nicht in der Lage zu sein scheinen, den Weg der »entwickelten« Länder erfolgreich nachzuahmen (Schmidt/Schröder 2016: 32).

Die Post-Development Theorie betrachtet die Argumentation von »Aufholen durch Nachahmen« als eine Illusion. Egal, wie sehr sich die »Entwicklungsländer« auf diesem Weg bemühen, ein Aufschließen zum »Primus« ist demnach nicht zu bewerkstelligen. Ein Blick auf die Geschichte der Entwicklungspolitik macht laut des Post-Development Denkers Wolfgang Sachs deutlich, dass das gesamte Entwicklungsprojekt als gescheitert betrachtet werden kann. Das Anwachsen der Kluft zwischen arm und reich trotz Entwicklungshilfe, die zusätzliche Verschärfung der ökologischen Probleme durch einen Anstieg des Produktionsniveaus im Globalen Süden oder die schwindende Motivation im Globalen Norden für die Entwicklungshilfe nach dem Ende des Kalten Krieges sind für ihn wichtige Argumente für dieses Scheitern (Sachs 1993: 10ff.). Sachs benennt damit zentrale Kritikpunkte der Post-Development Theorie am Entwicklungskonzept. Auch Arturo Escobar pflichtet der Kritik bei, wenn er feststellt, dass die Entwicklungspolitik das Gegenteil von dem hervorgebracht habe, was sie vermeintlich beabsichtigt. Denn die Ergebnisse der Entwicklungspolitik seien in den Ländern des Globalen Südens oftmals durch Unterentwicklung, Armut, Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichnet (Escobar 2012: 4).

Der Post-Development Theorie geht es allerdings um mehr als die Feststellung des gescheiterten Entwicklungsprojekts. Es geht darum, durch die Dekonstruktion der Entwicklungsidee die eigentlichen Absichten hinter dem Konzept offenzulegen. Diese Absichten können sich im Laufe der Zeit verändern oder beispielsweise aufgrund von politischen Umbrüchen angepasst werden. So stellte der Zusammen-

bruch des Realsozialismus auch für die Entwicklungspolitik eine Zäsur dar. Laut Escobar war gerade in der Anfangsphase der Entwicklungspolitik die Angst vor dem Kommunismus die zentrale Antriebskraft für Finanzhilfen der westlichen Welt in Richtung des Globalen Südens (ebd.: 34). Wolfgang Sachs betrachtete deshalb das Ende des Kalten Krieges gar als einen Grund für das Scheitern der Entwicklungspolitik. Im Zuge der Durchsetzung des neoliberalen Paradigmas verschob sich dann allerdings die treibende Absicht hinter der Entwicklungspolitik. Fortan sollte die Einbindung des Globalen Südens in das neoliberale Weltwirtschaftssystem mit Hilfe von »Entwicklungsanreizen« an Bedeutung gewinnen (ebd.: 57).

Der bereits erwähnte »Washington Consensus« steckte ab den 1990er Jahren den Rahmen für die Entwicklungshilfe von IWF und Weltbank neu ab (Kurer 2017: 88f.). Dieses Regelwerk machte deutlich, dass auch in der Entwicklungspolitik neoliberale Maßstäbe wie der Freihandel und der Abbau staatlicher Regulierung gelten sollten. Die Schutzzölle der »Entwicklungsstaaten« wurden zum Hindernis erklärt. Der freie Markt und der Freihandel sollten als bestimmende Instanzen die »Entwicklung« des Globalen Südens vorantreiben (Schmidt/Schröder 2016: 25). Für viele Länder hatte die neoliberale Entwicklungspolitik allerdings verheerende Folgen. Die Integration in ein globales Weltwirtschaftssystem bedeutete für diese Staaten nicht nur, dass sie fortan einseitig für den Weltmarkt produzierten und damit von den Weltmarktpreisen abhängig waren. Sie bedeutete auch, dass die »Entwicklungsländer« aufgrund von einseitiger wirtschaftlicher Produktionsstrukturen in die Abhängigkeit von Importen auf dem Weltmarkt gerieten. Dass die Integration der sogenannten Peripherie in den Weltmarkt einen ungleichen Tausch mit den Staaten des Zentrums zur Folge hatte, kritisierten bereits die Dependenz- und Weltsystemtheoretiker:innen (Hopfmann 2003: 357).

Aus den Strukturanpassungsprogrammen der neoliberalen Entwicklungspolitik lässt sich ein weiteres Motiv der Entwicklungspolitik herauslesen, das bereits auf die Zeit vor dem Neoliberalismus zurückgeht. Es geht um Entwicklungspolitik als Mittel zur Bevormundung der »unterentwickelten Welt«. Schon bei der Frage der »Armutsbekämpfung« wurde deutlich, dass sowohl die Problemanalyse als auch die Lösungssuche für die als »unterentwickelt« etikettierten Länder von der »entwickelten Welt« aus bestimmt werden. Gerade weil die betroffenen Länder als kulturell rückständig und unmündig erachtet werden (ebd.: 99), sieht sich die »entwickelte Welt« in der Verantwortung, der »unterentwickelten Welt« zu ihrem vermeintlichen Glück zu verhelfen. Die Legitimation hierfür ziehen die Länder des Globalen Nordens aus der Entwicklungslogik. Sie sind auf dem »Pfad der Entwicklung« bereits erfolgreich vorangeschritten, woraus sie den Anspruch ableiten, »rationaler« und »wissenschaftlicher« in ihrer Problemanalyse zu sein. Die Bevormundung der »unterentwickelten Welt« vollzieht sich entweder über die »freiwillige« Kooperation dank der Wirkungsmacht des »Entwicklungsdiskurses« oder durch auferlegte Strukturanpassungsprogramme der Geldgeber:innen, die diese mit finanzi-

ellen Anreizen (Aussicht auf Hilfskredite, Entwicklungshilfe etc.) versehen. Der allerdings direkteste Weg ist die politische, ökonomische oder gar militärische Intervention in ein Land, das durch den Einsatz von Zwangsmitteln auf den Pfad der Entwicklung (zurück-)beordert werden soll.

Die erste historische »Entwicklungsintervention« ereignete sich im Auftrag der Weltbank zwischen dem 11. Juli und dem 5. November 1949 in Kolumbien. Noch vor Verkündung der Epoche der Entwicklung durch Harry S. Truman wurde unter der Leitung des Ökonomen Lauchlin Currie auf Einladung der kolumbianischen Regierung eine »Expert:innengruppe« der Weltbank in das Land eingeladen, um die »Entwicklungsprobleme« Kolumbiens zu untersuchen (Huhle 2017: 15). Die Ergebnisse der mehr als dreimonatigen Untersuchungsreise wurden in einem Papier mit dem Titel »The Basis of A DEVELOPMENT PROGRAM FOR COLOMBIA« festgehalten (International Bank for Reconstruction and Development Washington, D.C 1950). Der Bericht umfasst unter anderem Reformvorschläge in den Bereichen der Landwirtschaft, der Industrie, des Transportwesens, des Gesundheitssektors, des Bildungswesens, des Handels und des Geld- sowie Bankwesens. Die Verfasser:innen waren überzeugt davon, dass mit der Umsetzung ihrer Vorschläge Kolumbien binnen kurzer Zeit über eine produktivere Wirtschaft verfügen und seinen Bürger:innen ein besseres Leben ermöglichen könne (International Bank for Reconstruction and Development 1950: 76). Die in dem Bericht vorgebrachte Entwicklungsstrategie sollte fortan prägend für die globale Entwicklungspolitik sein und Kolumbien als »inspirierendes Beispiel« für die Entwicklungsländer der Welt dienen (Escobar 2012: 25f.). Kolumbien war somit das erste Experimentierfeld, in welchem mit Hilfe der Entwicklungslogik die Wirtschafts- und Infrastruktur eines Landes umgekrempelt wurden.

2.2.2 Alternativen zur Entwicklung

Über die Jahre machte sich im Globalen Süden mit dem Ausbleiben der Verheißungen der Entwicklungspolitik allmähliche Ernüchterung breit. Entgegen der Versuche neoliberaler Entwicklungspolitik:innen, die Schuld für das Ausbleiben des wirtschaftlichen Aufholens den Staaten des Globalen Südens in die Schuhe zu schieben, steht seit den 1990 Jahren nicht nur für die Theoretiker:innen der Post-Development Strangs außer Frage, dass die Ära der »Entwicklung« an ihrem Ende angelangt ist (Ziai 2012: 134). Für diese These sprechen neben der ausbleibenden »Entwicklung« des Globalen Südens auch die weltweite Ökologiefrage, sowie die ökonomischen und sozialen Probleme, mit denen im zunehmenden Ausmaß auch Teile der Bevölkerung des Globalen Nordens konfrontiert sind (Ziai 2004: 190).

Doch was folgt auf das Ende der Entwicklungsära und was bedeutet das für die Länder des Globalen Südens, die bislang mehr oder minder erfolglos dem westli-

chen Entwicklungspfad zu folgen versuchten? Die Post-Development Theorie bietet in Form der »Alternativen zur Entwicklung« Lösungsansätze auf diese Fragen an.

Die »Alternativen zur Entwicklung« zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen tiefgreifenden Wandel der gegebenen politischen, ökonomischen und epistemologischen Strukturen einfordern. Sie greifen somit nicht bloß die Machtverhältnisse innerhalb eines bestehenden Systems an, sondern fordern eine, die vorherrschenden gesellschaftlichen Machtstrukturen als Ganzes verändernde, Alternative (Rahnema 2006: XIX). Dieser Anspruch kann auch als Ergebnis aus den Lehren der Epoche der antikolonialen Befreiungskämpfe verstanden werden. Denn immer wieder kritisieren die Theoretiker:innen des Post-Development Strangs, dass antikoloniale Bewegungen nach ihrer Befreiung sich dem Trug der Entwicklungslogik hingegen und dadurch das vorherrschende System und seine Strukturen reproduziert hätten (siehe u.a. Cleaver 1993: 346; Nandy 1993: 377; Ziai 2004: 179; Rahnema 2006: X). Das Konzept der Alternative zur Entwicklung fordert deshalb den Bruch mit dem vorherrschenden System, seinen Strukturen und seiner Logik. »Das beinhaltet notwendigerweise die Überwindung des Kapitalismus und seiner sozialen und ökologischen Zerstörungslogik. Es öffnet uns die Tür zur ›Postentwicklung‹ und vor allem zum Postkapitalismus« (Acosta 2017b: 56).

Damit ist aber noch nicht die Frage geklärt, wie die ›Postentwicklung‹ aussehen soll. Genau diese Frage lässt sich auch nicht abschließend beantworten. Denn die Post-Development Theorie erhebt nicht den Anspruch, die allgemeingültige Antwort für eine überall und zu jederzeit funktionierende Alternative zu geben. Im Gegenteil, gerade weil sich die Post-Development Theorie gegen das universalistische Verständnis der Entwicklungslogik wendet, will sie keine Alternativen formulieren, die ihrerseits einen Allgemeingültigkeitsanspruch erheben. Vielmehr versteht sie unter »Alternativen zur Entwicklung« vielfältige und unterschiedliche gesellschaftliche Ansätze, die von lokalen Gemeinschaften in Abgrenzung zu den Vorgaben der Entwicklungslogik und -politik geschaffen und umgesetzt werden (Bendix 2017: 287).

Auch ohne universalistischen Anspruch gibt es ein Grundgerüst, welches das Konzept der »Alternative zur Entwicklung« zusammenhält. Dieses Gerüst setzt sich aus den gesellschaftlichen Sphären der Politik, der Ökonomie und des Wissens zusammen. Um den Pfad der vorherrschenden Entwicklungslogik zu verlassen, stehen gesellschaftliche Gruppen vor der Herausforderung, sich diese Bereiche wiederanzueignen (Ziai 2012: 136). Wie das laut der Post-Development-Theorie aussehen soll, wird in nachfolgend dargestellt.

Wiederaneignung der Politik

Die »Wiederaneignung der Politik« ist das erste Standbein des Konzepts der »Alternative zur Entwicklung«. Die Post-Development Theorie geht davon aus, dass im vorherrschenden System die Sphäre der Politik der Gesellschaft entrissen worden

ist. Die Entscheidungsbefugnisse über politische Fragen, die unmittelbar die jeweilige gesellschaftliche Gruppe betreffen, liegen demnach bei Akteur:innen, die wenig bis gar nichts mit der Lebensrealität der betroffenen Menschen zu tun haben. Diese Akteur:innen können im Kontext der Entwicklungspolitik beispielsweise die Weltbank oder der IWF mit ihren Strukturanpassungsprogrammen sein, sie können im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft multinationale Unternehmen sein, sie können aber auch staatlich-zentralistische Regierungsstrukturen sein, die nach dem Vorbild der westlichen Welt die politische Macht über die gesellschaftlichen Gruppen innerhalb der jeweiligen Staatsgrenzen in ihren Händen konzentrieren. Um über die zentralen Fragen des eigenen gesellschaftlichen Lebens bestimmen und zugleich einen Weg jenseits von Entwicklung beschreiten zu können, stehen die Gemeinschaften vor der Herausforderung, sich die Politik wiederanzueignen. Zwei zentrale Kategorien in diesem Zusammenhang sind »Demokratie« und »Autonomie« (Ziai 2004: 193). Der hier verwendete Demokratiebegriff geht explizit über die im Globalen Norden gängige Form der repräsentativen Demokratie hinaus. Denn auch im Entwicklungsdiskurs ist im Zusammenhang mit Schlagworten wie »Empowerment« oder »Good Governance« oft von Demokratie die Rede. Allerdings dient laut der Post-Development Theorie die »Demokratie«, so wie sie von den Befürworter:innen der Entwicklungslogik für den Globalen Süden gefordert wird, vor allem als Vorwand, um dem Vorbild des Westens entsprechende politische und staatliche Institutionen im Globalen Süden zu installieren. Besonders deutlich wird das dann, wenn dieselben Fürsprecher:innen der Demokratie plötzlich aufschrecken, sobald das Demokratieverständnis im Globalen Süden über die eng gesetzten Grenzen der repräsentativen Demokratie hinausgehen, also eine basisdemokratische und partizipative Form annehmen (Burchardt et al. 2017: 24). Die Post-Development Theorie hingegen plädiert bei ihren »Alternativen zur Entwicklung« explizit für eine basisdemokratische Demokratieform. Volksbewegungen, soziale Bewegungen und insbesondere Graswurzelbewegungen, die für basisdemokratische Prinzipien eintreten, sind deshalb aus Sicht der Post-Development Theorie zentrale Akteur:innen, die für eine »Alternative zur Entwicklung« eintreten (Escobar 2012: 215).

Der zweite zentrale Begriff, der die »Wiederaneignung der Politik« kennzeichnet, ist die Autonomie. Mit Autonomie sind in diesem Zusammenhang das Recht und die Möglichkeit für den Aufbau eigener Lebens- und Wirtschaftsstrukturen durch lokale Gemeinschaften gemeint, ohne dabei die vorgegebenen Institutionen des westlichen Entwicklungspfades imitieren zu müssen (Bendix 2017: 287f.). Zugleich steht die Autonomie hier für eine Abkehr von zentralistischen Verwaltungsstrukturen. Als Dezentralisierung der Macht- und Verwaltungsstrukturen bei gleichzeitiger Vernetzung der autonomen Einheiten auf überregionaler Ebene könnte die Autonomiekomponente der »Wiederaneignung der Politik« zusammengefasst werden (Gilgenbach/Moser 2012: 12). Demokratie und Autonomie

sind hier insofern als komplementär zu verstehen, als dass basisdemokratische Verwaltungsstrukturen am ehesten ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis stellen können, wenn die lokalen Zusammenhänge auch mit entsprechenden autonomen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind. Eine Vielzahl gesellschaftlicher Bewegungen unserer Gegenwart ziehen ebenfalls horizontale Organisationsformen vor. Möglichst flache Hierarchien und basisdemokratische Entscheidungsprozesse ermöglichen offene Strukturen, an denen sich verschiedenste Kreise beteiligen und mitwirken können (Hardt et al. 2013: 12). Das basisdemokratische Element ist deshalb nicht nur bei der Wiederaneignung der Politik zentraler Bezugspunkt. Auch soziale Bewegungen auf der ganzen Welt beziehen ihre Stärke aus den demokratischen Entscheidungsprozessen und ihrer horizontalen Selbstorganisation (ebd.: 119f.).

In Anlehnung an der Kritik an universalistischen Strukturen wird in der Post-Development Theorie auch die Institution des Staates, insbesondere des Nationalstaates als spezifische Form von Staatlichkeit, kritisch hinterfragt. So bringt der indische Gesellschaftstheoretiker Ashis Nandy die Vorstellung davon, dass jede ethnische Gruppe über einen eigenen Staat verfügen sollte, mit dem Entwicklungsdiskurs in Verbindung (Nandy 1993: 373). Diese, in der Vergangenheit insbesondere unter den antikolonialen Bewegungen weit verbreitete, Annahme setzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit der Nationalstaatlichkeit gleich. Der Nationalstaat wird zu einem »Allheilmittel« verklärt, welcher nicht nur die »nationalen Probleme« und Folgeerscheinungen des Kolonialismus lösen soll, sondern auch die Fragen der Sicherheit und Entwicklung bzw. Modernisierung. Das Fehlen eines eigenen Nationalstaates hingegen muss als Erklärung für die vermeintliche Unterlegenheit der eigenen Gruppe herhalten (ebd.: 377, 382). Dabei ist der Nationalstaat ähnlich wie die Idee der Entwicklung das Produkt einer bestimmten historischen Epoche Europas. Seinen Ursprung hat er im Westfälischen Frieden von 1648, bevor durch die Französische Revolution adaptiert wurde und in der Folgezeit immer stärker auf globaler Ebene andere staatliche und nicht-staatliche Selbstorganisationsformen verdrängte (ebd.: 374f.). Eine Begleiterscheinung des Nationalstaates ist, dass er auf die Homogenisierung der Gesamtgesellschaft im Sinne der dominanten bzw. herrschenden ethnischen oder religiösen Gruppe setzt, weil er sich davon mehr Stabilität verspricht (ebd.: 375). Vor diesem Hintergrund stellt es eine zentrale Herausforderung der »Wiederaneignung von Politik« dar, das ursprünglich aus Westeuropa stammende Konstrukt des Nationalstaates zu hinterfragen und möglicherweise auf andere, autonome und demokratische Formen von gesellschaftlicher Selbstorganisation jenseits von (National-)Staatlichkeit zu setzen.

Wiederaneignung der Ökonomie

Mit der »Wiederaneignung der Ökonomie« fordert die Post-Development Theorie die gesellschaftliche Kontrolle über wirtschaftliche Abläufe, welche die Gesellschaft

selbst betreffen. Dadurch soll die Ökonomie nicht weiter durch einen weitgehend anonymen Weltmarkt dominiert werden. Stattdessen soll die Ökonomie zu einer konkreten gesellschaftlichen Sphäre werden, die in die jeweilige lokale Community eingebettet ist und mit deren Hilfe die Gemeinschaft ihre selbstbestimmten materiellen Bedürfnisse befriedigen kann (Ziai 2004: 194).

Die Dezentralisierung der Verwaltungsstrukturen spielt im ökonomischen Bereich ebenfalls eine zentrale Rolle. Damit die lokalen Gemeinschaften ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse wirksam befriedigen zu können, müssen sie die Kontrolle über die sie betreffenden ökonomischen Prozesse erlangen. Es braucht also Räume für lokale Wirtschaftsmodelle, die sich entsprechend der lokalen Gegebenheiten entfalten können (Escobar 2012: 100). Das Ziel der Bildung von lokalen und bedürfnisorientierten Wirtschaftsstrukturen geht zugleich mit den Forderungen nach einem Bruch mit der kapitalistischen Akkumulationslogik, dem Konsumzwang und dem Diktat des Wirtschaftswachstums einher (Acosta 2017b: 146f.).

Die Vorschläge der Post-Development Theorie zur »Wiederaneignung der Ökonomie« finden sich vielfach auch in den Debatten der »Solidarischen Ökonomie« wieder. Das Konzept der Solidarischen Ökonomie geht auf Luis Razeto Migliaro zurück. Dieser stieß bei seinen Untersuchungen, wie marginalisierte Menschen in wirtschaftlichen Krisenzeiten ihre Familien mit dem überlebenswichtigen Lebensmitteln versorgen, auf den »Faktor C«, der für Gemeinschaft, Kooperation, Zusammenarbeit, Freundschaft und das Teilen steht (Voß 2010: 20f.).² Was aus der ökonomischen Notlage der Menschen spontan entsteht, wurde in der Debatte der Solidarischen Ökonomie systematisiert. Demnach umfasst die Solidarische Ökonomie Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf Basis der freiwilligen Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen (Giegold/Embschhoff 2008: 12). Zu den typischsten Formen der Solidarischen Ökonomie gehören Kooperativen, Genossenschaften, Kommunen und andere Formen von Kollektivbetrieben (ebd.: 226f.). Bedürfnisorientiertes Wirtschaften anstelle von Profitmaximierung, demokratische Teilhabe am Wirtschaftsprozess und selbstverwaltete ökonomische Strukturen stellen ihre Grundprinzipien dar (Mittendrein 2013: 25f.). Es wird in diesem Zusammenhang ein dem homo oeconomicus der kapitalistischen Logik entgegengesetztes Menschenbild vertreten, das auf Freiheit, Gleichberechtigung und Solidarität beruht (Voß 2008: 63).

2 Im Spanischen beginnen all diese Worte mit dem Buchstaben »C«: comunidad, cooperación, colaboración, compañerismo, compartir.

Die theoretischen Diskussionen und praktischen Erfahrungen mit der Solidarischen Ökonomie, aber auch der Commons-³ oder Degrowth⁴-Bewegung weisen große Überschneidungen mit den Ideen der »Wiederaneignung der Ökonomie« in der Post-Development Theorie auf, sodass ein fruchtbarer Austausch zwischen diesen Theorien und Debatten sinnvoll erscheint.

Wiederaneignung des Wissens

Die soziale Klassifikation anhand der kulturellen Differenz hat in der europäischen Kolonialgeschichte eine lange Tradition. Bereits aus dem 17. Jahrhundert gibt es Beispiele für die Hierarchisierungen von Kulturen aus der europäischen Perspektive. Je größer die Nähe zum europäischen/abendländischen/christlichen Ideal, desto moderner und fortschrittlicher wurde die jeweilige »fremde« Kultur eingeschätzt (Quintero 2013: 98). Auch in der Entwicklungslogik bleibt sich der Globale Norden in diesem Denken treu. »Unterentwickelte« Gesellschaften werden samt ihrer Kultur, ihrer Lebensweise und ihren eigenen Wissenssystemen aus der Brille eines »historischen Übergangs«, also mit einem evolutionistischen Paradigma, beurteilt und kategorisiert. Ihre kulturspezifischen Lebensformen und ihr lokales Wissen gelten in diesem Zusammenhang als ahistorisch und als »Ballast« auf dem Weg der »Entwicklung«. Um sie hiervon zu »befreien«, bedürfe es notfalls auch der aktiven Beihilfe der »zivilisierten« und »entwickelten« Welt (Chakrabarty 2010: 43).

Die Post-Development Theorie lehnt diese Vorstellung, einschließlich der Hierarchisierung von Kulturen und ihre Einordnung in Übergangsstufen auf dem Weg zum vermeintlich westlichen Ideal, strikt ab. Anstelle dessen verteidigt sie das Recht auf lokale Wissenssysteme und das Recht auf kulturelle Differenz (Ziai 2004: 195). Die »Wiederaneignung des Wissens« bedeutet in diesem Zusammenhang, dass das kommunale Wissen in den Gemeinschaften gegenüber vermeintlich universalistischen Wahrheitsansprüchen aus dem Westen verteidigt werden muss. Das Konzept der »Alternativen zur Entwicklung« stellt sich prinzipiell gegen den universalistischen Anspruch der westlichen Lebensweise, die zu einer Monokultur auf Kosten der kulturellen Vielfalt führen würde (Sachs 1993: 12). Auch in Bezug auf die Alternative gibt es nach der Post-Development Theorie nicht das eine »gute« oder »richtige« Leben, sondern vielfältige Formen von Alternativen zur Entwicklung (Acosta 2017b: 15f.).

3 Commons werden als Räume der relativen Autonomie von Herrschaftssystemen verstanden, in denen unter anderem selbstorganisiertes und bedürfnisorientiertes Wirtschaften möglich ist (Exner/Kratzwald 2012: 35).

4 Die Degrowth-Bewegung setzt sich für ein Ende des Diktats des wirtschaftlichen Wachstums ein. Mit der Kritik am Wachstum als Wirtschaftsziel geht das Eintreten für eine verantwortliche Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Aufbau von demokratischen und lokalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen einher (Kothari et al. 2014: 368f.).

Aufgrund ihrer Fürsprache für das Recht auf kulturelle Differenz wird die Post-Development Theorie von Kritiker:innen oftmals des Kulturrelativismus bezichtigt. Diese behaupten zum Teil auch, dass die Theoretiker:innen des Post-Development Ansatzes blind für Unterdrückungsmechanismen innerhalb der von ihnen romantisierten »traditionellen Gesellschaften« seien (Ziai 2017: 2549). Tatsächlich lehnt der kulturrelativistische Ansatz die Hierarchisierung von Gesellschaften und Kulturen ab, weil jede als qualitativ einzigartig betrachtet wird und deshalb ihre Skalierung auf einer Rangordnung absurd erscheint (Eriksen 2015: 9). Die Behauptung, aus der Verteidigung des kulturrelativistischen Ansatzes ergebe sich automatisch eine Ignoranz gegenüber den asymmetrischen Machtverhältnissen innerhalb der kulturellen Gemeinschaften des Globalen Südens, ist zumindest in Bezug auf die Post-Development-Theorie nicht haltbar. Denn die skeptische Strömung innerhalb der Post-Development-Theorie verteidigt das Recht auf kulturelle Differenz und wendet sich gleichzeitig gegen jede Form der Entmündigung. Damit ist nicht die Herrschaft des Globalen Nordens gemeint, sondern auch die Machtstrukturen innerhalb der kulturellen Gemeinschaften in der vermeintlich »unterentwickelten Welt« (Ziai 2012: 135). Die Ablehnung des westlichen Entwicklungskonzepts wird in der Post-Development Theorie also keineswegs mit einer grundsätzlichen Ablehnung des sozialen Wandels gleichgesetzt (Ziai 2004: 168). Auch aus der Kritik an der eurozentrischen Epistemologie lässt sich keine generelle Ablehnung jeglichen Wissens aus dem Globalen Norden ableiten. Denn emanzipatorische Ideen aus dem Westen können aus Sicht der Post-Development Theorie durchaus auch die »Waffen der Kritik« gegen die europäische Hegemonie liefern und deshalb eine bedeutende Rolle im Kampf gegen deren Vorherrschaft spielen (Chakrabarty 2010: 11f.).

Kritisch betrachtet die Post-Development Theorie hingegen europäische Erkenntnistheorien, die auf der Subjekt-Objekt-Spaltung beruhen, weil diese zu einem instrumentellen Verhältnis zwischen dem »erkennenden« Erforschenden und dem »leblosen« Erforschten führen (Apffel-Marglin 1996: 4). Die Übertragung dieser eigentlich klassisch naturwissenschaftlichen Epistemologie auf sozialwissenschaftliche Disziplinen wie Anthropologie oder Ethnologie sorgt dafür, dass Menschen oder ganze Gesellschaften des Globalen Südens zu diesen »leblosen« Erforschten werden können (Wallerstein 2019: 12). Nach diesem Verständnis wird die forschende Person zum/zur »objektiven Beobachter:in« und agiert vermeintlich außerhalb des persönlichen Kontextes und frei von jeglichen Interessen. Diese Subjekt-Objekt-Spaltung geht auf die Rationalitätstheorie von René Descartes zurück (Ziai 2004: 198f.). Der Literaturwissenschaftler Edward Said zeigt auf, wie westliche Wissenschaftler:innen unter Rückgriff auf den Cartesianismus einen »homogenen Orient« als Gegenbild zu einem in jeder Hinsicht überlegenen Europa konstruieren und dadurch ideell ihre koloniale Vorherrschaft legitimieren (Varela/Dhawani 2015: 97f.). Sinnbildlich für diesen Orientalismus steht das 1817/18 veröffentlichte

dreibändige Werk des britischen Historikers James Mill mit dem Titel »History of British India«. Mill verfasste dieses Werk in seiner europäischen Schreibstube ohne jemals einen Fuß nach Indien gesetzt zu haben (ebd.: 57).

Die Wiederaneignung des Wissens hingegen bricht mit dem Mythos des Wissenschaftlers/der Wissenschaftlerin, der/die sich völlig interessenslos und frei von jeglicher Kontextbezogenheit seinem/ihrem Forschungsgegenstand widmet. Nicht nur im Bereich der Erkenntnistheorie zeigt sich dieser Widerspruch zum »universalistischen« westlichen Wissen. Auch auf der ontologischen Ebene lässt er sich beispielsweise im Naturverständnis von bestimmten nicht-westlichen Völkern aufzeigen. Denn während die Philosophen Francis Bacon und René Descartes den Grundstein für die westliche Vorstellung einer (leblosen) Natur legten, die von den Menschen beherrscht und grenzenlos ausgebeutet werden kann (Acosta 2017b: 58), sind beispielsweise in Bolivien und Ecuador die Rechte der Natur in der Verfassung verankert worden (ebd.: 17).

Die »Wiederaneignung von Wissen« stellt zugleich mehr als die bloße Verteidigung des lokalen Wissens vor dem universalistischen Wahrheitsansprüchen der westlichen Welt dar, wie Dipesh Chakrabarty feststellt. Um die Exklusivität der Wissensproduktion in den westlichen Universitäten zu durchbrechen, tritt der indische Historiker für den Ansatz von »Subaltern Studies« ein. Der Vorschlag Chakrabartys beruht auf den Arbeiten der South Asian Subaltern Studies Group, eine Gruppe indischer Historiker:innen, die zu einer nicht elitären Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte aufruft (Varela/Dhawan 2015: 155). Die Subalterne⁵ müsse ihre eigene Geschichte, eine Geschichte »von unten«, schreiben, die mit der vorherrschenden deterministischen Geschichtsschreibung der »Sieger:innen« bricht (Chakrabarty 2010: 33). Die Subaltern Studies bieten einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Wiederaneignung des Wissens und des Aufbaus von nicht-eurozentrischen Wissenssystemen im Globalen Süden.

2.2.3 Ein theoretischer Rahmen für alternative Gesellschaftsmodelle

Einer der globalen Erfolgsfaktoren der Entwicklungsidee war die Überzeugungskraft, die ihr Diskurs auf die antikolonialen Bewegungen ab Mitte des 20. Jahrhunderts ausübte. Denn die Vorreiter:innen dieser Bewegungen, die sich erfolgreich gegen ihre ehemaligen Kolonialherrscher:innen aufgelehnt hatten, hofften, durch

5 Der Begriff der Subalterne geht auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci zurück, der damit alle gesellschaftlichen Teile bezeichnet, denen der Zugang zu den hegemonialen Gruppen der Gesellschaft verweigert wird. Gramsci erweitert damit den proletarischen Klassenbegriff. In der postkolonialen Theorie wurde Gramscis Begriff der Subalternität von Ranajit Guha, einem der Mitbegründer der South Asian Subaltern Studies Group, wiederaufgegriffen. Nach Guha ist die Subalternität der Raum innerhalb des kolonisierten Territoriums, welcher vollständig von allen Mobilitätsformen abgeschnitten ist (Varela/Dhawan 2015: 187).

die »Entwicklung« ihrer befreiten Heimatländer diese in funktionierende Nationalstaaten umwandeln zu können und damit auf Augenhöhe mit den ehemaligen Kolonialmächten zu gelangen (Ziai 2004: 179). Dem Entwicklungsdiskurs gelang es also, die Hoffnungen, die in den antikolonialen Bewegungen und den ehemals kolonialisierten Bevölkerungsgruppen vorherrschten, effektiv in seinem Sinne zu kanalisieren (Rahnema 2006: IX). Was daraus allerdings zumeist resultierte, war eine Fortsetzung des Ausbeutungsverhältnisses zwischen den ehemaligen Kolonialherren und der Bevölkerung der postkolonialen Staaten (Chakrabarty 2010: 155f.), die durch Allianzen mit den neuen regionalen Machthaber:innen abgesichert wurde (Rahnema 2006: X).

Wenn sich die antikolonialen Bewegungen statt am Westblock und seinen »Entwicklungshilfeangeboten« an der Sowjetunion orientierten, machte keinen großen Unterschied. Denn auch die Sowjetunion lehnte den Entwicklungsdiskurs nicht ab, sondern vertrat die Auffassung, dass »Entwicklung« im Sozialismus besser funktioniere. Viele antikoloniale Bewegungen schlossen sich dieser Vorstellung an (Cleaver 1993: 345f.).

Antikoloniale Vordenker:innen, egal ob sie sich am West- oder am Ostblock orientierten, sahen ihre Unterlegenheit gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten oftmals im Fehlen eines Nationalstaates begründet. Die Gründung eines Nationalstaates sollte dabei behilflich sein, politische, wirtschaftliche und soziale Probleme der eigenen Gesellschaft zu lösen. Die Vorstellung, dass sich das Selbstbestimmungsrecht der einst kolonialisierten Bevölkerungen ausschließlich mit der Gründung eines Nationalstaates bewerkstelligen lässt, dominierte das Denken antikolonialer Bewegungen weltweit (Nandy 1993: 377f.). Das Konzept der »Alternative zur Entwicklung« bricht mit dieser Vorstellung, weil sie nicht nur die »Entwicklungslogik« zurückweist, sondern auch ihre Institutionen, und dazu gehört auch der Nationalstaat, radikal in Frage stellt (Acosta 2017a: 79). Die mögliche Schlussfolgerung, die sich daraus ziehen lässt, lautet: Ein alternatives Gesellschaftsmodell zum Kapitalismus lässt sich nicht durch die Kopie seiner Institutionen in den Bereichen der Politik, Ökonomie und des Wissens verwirklichen.

Im weiteren Verlauf meiner Arbeit möchte ich untersuchen, ob auch das Modell des demokratischen Konföderalismus und seine praktische Umsetzung in Nordsyrien als eine solche Alternative gelten können. Die Untersuchung erfolgt auf Grundlage der nachfolgenden Hauptkategorien, die aus den obigen Ausführungen zur »Alternative zur Entwicklung« abgeleitet wurden.

Vorläufiges Kategoriensystem

K1: Wiederaneignung der Politik

K1a: (Basis-)Demokratie

K1b: Autonomie

K1c: Kritik/Hinterfragung des Staatskonzepts

K2: Wiederaneignung der Ökonomie

K2a: Lokale und demokratische Wirtschaftsmodelle

K2b: Bruch mit der kapitalistischen Akkumulationslogik

K3: Wiederaneignung des Wissens

K3a: Verteidigung von kommunalem Wissen und Recht auf kulturspezifische Wissenssysteme

K3b: Kritik an vermeintlich universalistischen Wahrheiten und am Evolutionismus

K3c: »Wissen von unten« und Bildung von nicht-eurozentrischen Wissenssystemen

K3d: Ablehnung von Subjekt-Objekt-Trennung

I. Epistemologische Ebene

II. Ontologische Ebene/Objektifizierung der Natur

Das vollständige Kategoriensystem findet sich in Kap. 4.11 dieser Arbeit.

